

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**30.03.2012**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Zentraler Dienst 6-10**  
Schriftführung  
Friedhelm Assmann  
Telefon-Nr.  
**02202-141428**

## **Niederschrift**

**Gemeinsame Sitzung des Planungsausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz  
und Verkehr**  
**Sitzung am Donnerstag, 12.01.2012**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 19:08 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **A Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Bestellung eines Schriftführers und eines stellvertretenden Schriftführers  
*0662/2011***
- 3 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5 Verkehrsplanung östliche Stadtmitte  
- Grundsatzbeschluss zum Umbau des Verkehrsknotens Odenthaler  
Straße/Hauptstraße  
*0664/2011***
- 6 Anträge der Fraktionen**
- 7 Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die beiden Ausschussvorsitzenden (Herr Sprenger / PLA und Herr Ziffus / AUKV) einigen sich auf eine gemeinsame Sitzungsleitung bei den Standardtagesordnungspunkten und auf eine getrennte Leitung, soweit ausschusspezifische Themen bzw. Abstimmungen anstehen.

Herr Ziffus eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung und die Beschlussfähigkeit der beiden Ausschüsse fest.

Auf Anfrage von Herrn Waldschmidt zur Legitimation dieses neuen Gremiums erklärt Herr Schmickler, es handle sich heute um zwei parallel tagende Ausschüsse, denen Gelegenheit gegeben werden soll, einen Punkt, der in die Zuständigkeit des ASSG fällt, vorab zu beraten. Eventuelle Beschlussempfehlungen oder sonstige Abstimmungen werden selbstverständlich nach Ausschüssen getrennt vorgenommen.

#### 2. Bestellung eines Schriftführers und eines stellvertretenden Schriftführers *0662/2011*

Beide Ausschüsse fassten getrennt folgende

Beschlüsse: (jeweils einstimmig)

Zum Schriftführer der gemeinsamen Sitzung des Planungsausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wird Herr Stadtamtmann Friedhelm Assmann bestellt.

Im Falle der Verhinderung nimmt die Stadtinspektorin Frau Meike Lachmann die Aufgaben des Schriftführers wahr.

#### 3. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Keine

#### 4. Mitteilungen des Bürgermeisters

##### 4.1 Spielplatz an der Grillhütte Refrath

Auf Wunsch erläutert Herr Leuthe die Hintergründe für die Anlegung des Spielplatzes. Demnach habe die Verwaltung entschieden, nicht verausgabte Mittel des Konjunkturpaketes II für die

Errichtung eines barrierefreien Spielplatzes an dieser Stelle zu verwenden.

Herr Mömkes kritisiert diese Entscheidung. Angesichts knapper Kassen wäre es seiner Ansicht nach sinnvoller gewesen, die Fördermittel zurück zu geben, als einen Spielplatz an dieser ungünstig gelegenen Stelle in unmittelbarer Nähe einer Hauptverkehrsstraße anzulegen.

Frau Graner kann diese Kritik nicht nachvollziehen. Angesichts des vorhandenen Bedarfs empfindet sie den Spielplatz als eine Bereicherung für junge Familien in Refrath.

Herr Schundau stimmt den Ausführungen von Herrn Mömkes zu. Auch er hält die Lage im Bereich einer Hauptverkehrsstraße nicht für sinnvoll. Er hätte es begrüßt, wenn die übrig gebliebenen Mittel des Konjunkturpaketes in notwendige Maßnahmen im schulischen Bereich investiert worden wären.

Herr Buchen bedauert, dass versäumt wurde, den AUKV vorab zu informieren und bittet darum, den AUKV und auch den Jugendhilfeausschuss zukünftig bei den Spielplatzplanungen rechtzeitig einzubinden.

Für Herrn Lang stellt sich die Frage nach der Legitimität der Verwaltungsentscheidung, diesen Spielplatz zu bauen. Es sei fraglich, inwieweit eine Bestätigung dieser Entscheidung bzw. eine anderweitige Beschlussfassung durch den zuständigen Ausschuss erforderlich sei.

Herr Schmickler macht deutlich, dass entsprechend einer Grundsatzentscheidung des Rates die Verwaltung befugt sei, bei Maßnahmen unterhalb der Kostengrenze von 100.000 € eigenverantwortlich Verschiebungen innerhalb der Maßnahmen des Konjunkturpaketes vorzunehmen. Er bittet zu entschuldigen, dass der politische Raum nicht frühzeitig über diese Verschiebung unterrichtet wurde.

Bezug nehmend auf die Kritik von Herrn Schundau weist Herr Schmickler darauf hin, dass es unter erheblichen Anstrengungen gelungen sei, fast 90% der Bergisch Gladbach zur Verfügung stehenden Mittel in Schulen und Kindergärten zu investieren. Dies sei ein erfreuliches und beispielhaftes Ergebnis und beweist, dass die Schwerpunkte richtig gesetzt wurden.

Herr Leuthe erklärt, dass die Mittel aus Sicht der Verwaltung sinnvoll verwendet worden seien. Die Lage des Spielplatzes ergab sich aus der vom neuen Pächter neu angelegten Terrasse der Grillhütte. Auf Anfrage von Herrn Mömkes teilt Herr Leuthe mit, dass die Zugangstore gemäß Leistungsverzeichnis mit Drehgriffen auszustatten sind, die von Kleinkindern in der Regel nicht geöffnet werden können.

Allgemein lässt sich festhalten, dass die dem Bereich Grünflächen für Kinderspielplätze zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in diesem Jahr ausschließlich für die Beseitigung von Sicherheitsmängeln auf bestehenden Spielplätzen verwendet werden.

Herr Ziffus kann die Lage des Spielplatzes aus funktionellen Überlegungen nachvollziehen, verweist aber auf die Überschreitungen der Luftbelastungsgrenzen für Sport- und Wohnzwecke im unmittelbaren Straßenbereich.

Nach Auffassung von Herrn Galley handelt es sich aus den genannten Gründen nicht um eine optimale Lage für einen Spielplatz. Allerdings sei die Initiative der Verwaltung aufgrund des nahe gelegenen Marktplatzes und der angrenzenden Grillhütte dennoch zu begrüßen.

Herr Dr. Baeumle-Courth bedauert, dass die Fraktionen nicht informiert wurden und dass zugunsten der Pläne des letzten Pächters der Grillhütte auf das ursprüngliche Konzept der Umgebungsgestaltung verzichtet wurde.

Herr Kamp teilt mit, dass seiner Kenntnis nach die Refrather Bevölkerung kein Verständnis für die Anlage eines Spielplatzes an dieser Stelle habe. Er geht davon aus, dass bei rechtzeitiger Einbindung des politischen Raums eine andere Entscheidung gefasst worden wäre.

Auf Vorschlag von Herrn Kraus sagt Herr Schmickler zu, die Verwaltung werde prüfen, inwieweit der zukünftige Pächter der Grillhütte mit der Müllbeseitigung des Spielplatzes betraut werden könne.

#### 4.2 Sonstige Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Schmickler berichtet, dass der Kreistag zuletzt im Dezember 2010 die Erarbeitung und spätere Umsetzung eines Reitrouthenetzkonzeptes im Kreisgebiet beschlossen habe (120 km vorhandene + 280 km neue Reitrouthen). Im Stadtgebiet Bergisch Gladbach sei das „Reitgebiet Königsforst“ bereits im Februar 2011 umgesetzt und beschildert worden. Derzeit erfolge die Beschilderung innerhalb des „Reitgebietes Hebborn“.

Die Kosten der Ausschilderung trage der Rheinisch-Bergische-Kreis. Für die erforderlichen Maßnahmen zur Verkehrssicherung und der Wegeunterhaltung sei mit jedem betroffenen Waldeigentümer und der Stadt eine Vereinbarung geschlossen worden, wonach keine weiteren (als bisher) Verkehrssicherungsmaßnahmen des Grundeigentümers erforderlich sind. Die regelmäßigen Sichtkontrollen erfolgen durch die Vereinigung der Freizeitreiter; Erhaltungsmaßnahmen werden aus Mitteln der Reitabgabe finanziert.

#### **5. Verkehrsplanung östliche Stadtmitte - Grundsatzbeschluss zum Umbau des Verkehrsknotens Odenthaler Straße/Hauptstraße 0664/2011**

Herr Krause hält einen Vortrag zur Thematik „Umbau des Verkehrsknotens Odenthaler Straße/Hauptstraße“.

*Anmerkung: Die PowerPoint-Präsentation zum Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.*

Herr Waldschmidt zeigt sich verärgert darüber, dass sich die Verwaltung mit dem Beschluss der Politik aus dem Haupt- und Finanzausschuss am 18.06.2009, einen Kreisverkehr an der Kreuzung zu errichten, nicht ernsthaft auseinander gesetzt habe. Auch zu der Ausarbeitung aus der Bürgerschaft bzgl. Erschließung der alten Feuerwache, die vor ca. ½ Jahr den Ausschüssen vorgestellt worden sei, habe die Verwaltung bis jetzt keine Stellung bezogen.

Herr Höring schließt sich seinem Vorredner an. Ohne die Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Umbauvarianten könne die CDU-Fraktion keine Beschlussempfehlung abgeben, weshalb sie den als Tischvorlage vorliegenden Fragekatalog einschl. Antrag auf Vertagung der Entscheidung in die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Mann und Frau am 24. April 2012 gestellt habe. Die Verwaltung solle sich Gedanken darüber machen, ob nicht das Waatsack-Gebäude anstelle der Mauer des Kulturhauses Zanders abgerissen werden könne.

Herr Schundau gibt bekannt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Verwaltungsvorschlag zustimmen könne. Eine Verkehrsplanung dürfe nur realisiert werden, wenn in den Bereichen Lärm- und Schadstoffbelastung eine Verbesserung zu erzielen sei. Durch den Vorschlag der Verwaltung würde eine solche Verbesserung herbeigeführt. Er spricht sich dafür aus, dass die alten Bäume an der Hauptstraße erhalten bleiben und keine Neuanpflanzungen durchgeführt werden. Der Radweg könne über den Strundeweg ausgebaut werden. Er betont, dass seine Fraktion die Änderung der Verkehrsführung in den Straßen Am Mühlenberg und Vollmühlenweg in eine Einbahnstraßenregelung fordere, um dort eine Entlastung der Anwohner zu erreichen. Zuletzt schlägt er vor, das Waatsack-Gebäude im Rahmen eines Ensembles an der Strunde zu versetzen.

Herr Lang weist darauf hin, dass der Schleichwegverkehr dazu geführt habe, dass sich die Straße Am Mühlenberg/Vollmühlenweg von einer Anliegerstraße zu einer Hauptverkehrsstraße entwickelt habe. Wenn die Politik an der Idee des Kreisverkehrs festhalte, würde es seiner Einschätzung nach noch etliche Jahre dauern, bis die Situation sich bessere. Außerdem sei zu bedenken, dass der für einen Kreisverkehr erforderliche Grunderwerb voraussichtlich nur im Rahmen von Enteignungen möglich sei.

Im Namen der SPD-Fraktion erklärt Frau Hammelrath, dass sie sich dem Vertagungsantrag der CDU-Fraktion anschließen könne, wenn folgendem Beschlussvorschlag zugestimmt werde: *Der Planungsausschuss und der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr empfehlen dem Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Mann und Frau folgenden Beschluss zu fassen: Für den Bereich der Feuerwache und für den Bereich Verkehrsknoten Hauptstraße/Odenthaler Straße wird die Verwaltung beauftragt, einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten, der sich hinsichtlich der städtebaulichen Chancen, der Verkehrsführung und der Umweltbelastung am Entwurf von Herrn Klatt und Herrn Wittrock orientiert. Alternativplanungen mit verschiedenen Varianten sind wünschenswert.*

Sie appelliert an die Verwaltung, die Pläne aus der Bürgerschaft zur Erschließung der alten Feuerwache mit in die weiteren Überlegungen einfließen zu lassen.

Herr Dlugosch zeigt Verständnis dafür, dass die Verwaltung andere Planungsvorschläge unterbreite, wenn die Beschlüsse der Politik sich bei näherer fachlicher Betrachtung als ineffektiv erweisen. Ein Kreisverkehr sei nicht kurzfristig umsetzbar und nicht finanzierbar. Die Ampellösung befürworte er, weil sie sich dem Verkehrsaufkommen zu den verschiedenen Tageszeiten anpassen könne. Der Fragenkatalog der CDU-Fraktion sei nicht zielführend, weil anhand der bisherigen Untersuchungen bereits belegt sei, dass ein Kreisverkehr eine Verschlechterung des Verkehrsflusses mit sich bringe.

Frau Graner schließt sich den Argumenten der Fraktion DIE LINKE./BfBB an. Es sei positiv zu bewerten, dass diese Variante in mehreren Teilschritten durchgeführt werden könne. Angesichts des Beratungsbedarfs der übrigen Fraktionen werde sie dem Vertagungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen. Den Beschlussvorschlag der SPD Fraktion lehnt sie allerdings ab.

Herr Steinbüchel mahnt, die alten Gebäude in der Stadt möglichst zu erhalten. Er könne sich vorstellen, das Waatsack-Gebäude nach hinten zu versetzen. Ein Abriss sei möglichst zu vermeiden. Er kündigt an, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Vertagungsantrag zustimmen werde.

Herr Galley kann anhand der Vorlage nicht nachvollziehen, warum der Bau des Kreisverkehrs keine gute Lösung darstelle. Beispielsweise habe der Kreisverkehr an der Kreuzung An der Gohrmühle/Hauptstraße trotz anfänglicher Schwierigkeiten zu einer erheblichen Verbesserung der

Verkehrssituation geführt. Wenn an der Kreuzung Odenthaler Straße/Hauptstraße eine zusätzliche Linksabbiegerspur eingerichtet werden würde, führe dies zu einem beträchtlichen Rückstau aus der Richtung Hebborn. In dem Umfeld des Kreuzungsbereiches stünden viele Gebäude in schlechtem, wertgeminderten Zustand. Er kann sich vorstellen, die Mauer entlang des Kulturhauses Zanders für eine Kreisellösung zu opfern. Er geht davon aus, dass ein Kreisverkehr zu einer Verbesserung des Stadtbildes führen würde.

Herr Lang fragt die Verwaltung, ob es bekannt sei, dass der Eigentümer des Waatsack-Gebäudes dieses verkaufen möchte. Nach seinem Kenntnisstand seien alle beauftragten Gutachter zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Kreisverkehr eine Verschlechterung der Verkehrssituation bewirke.

Herr Ziffus merkt an, dass ein Gutachten zu erschließbaren Bauflächen in Rommerscheid erstellt wurde. Dabei sei darauf hingewiesen worden, dass die Erschließung weiterer Bauflächen in Rommerscheid durch die Kapazität des Verkehrsknotens Odenthaler Straße/Hauptstraße begrenzt würde. Er regt an, die Grundeigentümer des potentiellen Baulands zu ihrer bevorzugten Variante zu befragen.

Das Argument mit dem Kreisverkehr an der Kreuzung An der Gohrsmühle/Hauptstraße aufgreifend, erklärt Frau Neuheuser-Königs, dass dieser Kreisverkehr nicht vergleichbar sei. Sie kann nicht verstehen, dass ein großer Teil der Ausschüsse unbedingt an der Variante Kreisverkehr festhalten möchte. Sie befürwortet den Verwaltungsvorschlag. Unabhängig davon, würde sie dem Vertagungsantrag zustimmen, damit die offenen Fragen geklärt werden könnten.

Die Beantwortung der offenen Fragen hält auch Herr Kamp für wichtig, so dass er ankündigt, dem Vertagungsantrag zuzustimmen. Dennoch sei es bedauerlich, dass in dieser Sitzung voraussichtlich kein Beschluss gefasst werde.

Frau Müller-Veit nimmt zu dem Vorwurf Stellung, die Verwaltung habe sich nicht ernsthaft mit der Variante Kreisverkehr beschäftigt. Die Verwaltung habe sich ganz im Gegenteil intensiv mit der Thematik befasst. So sei in der Vorlage der Kreisverkehr in 4 verschiedenen Varianten behandelt worden. Die Verwaltung werde im ASSG schriftlich zu den Plänen von Herrn Wittrock und Herrn Klatt Stellung beziehen.

Im Anschluss stimmt der Planungsausschuss über den Ergänzungsantrag zum Vertagungsantrag der SPD-Fraktion ab.

Der Planungsausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich bei 4 Stimmen der SPD-Fraktion, 1 Enthaltung der Fraktion Freie Wähler Bergisch Gladbach und 12 Gegenstimmen der Fraktionen CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB)

Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt.

Sodann wird getrennt über den Vertagungsantrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Der Planungsausschuss und anschließend auch der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr fassen übereinstimmend folgenden

Beschluss: (mehrheitlich bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

Die Beschlussfassung in der ASSG-Sitzung am 26. Januar 2012 wird auf die darauf folgende reguläre Sitzung am 24. April 2012 vertagt.

## **6. Anträge der Fraktionen**

Keine

## **7. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Auf Anfrage von Herrn Steinbüchel zum geplanten Kletterwald in Diepeschraath teilt Frau Müller-Veit mit, dass zwischenzeitlich ein Bauantrag eingegangen sei (\*) und man derzeit Informationsgespräche mit den Anwohnern führe.

*(\*) Die ursprüngliche Aussage von Frau Müller-Veit in der Sitzung wird insoweit berichtet.*

Auf Anregung von Frau Hammelrath sagt die Verwaltung die Prüfung zu, ob durch Anbringung von Drehkreuzen der unerwünschte Zugang von Hunden auf dem Kinderspielplatz an der Hüttenstraße erschwert oder unterbunden werden könne.

Auf Anfrage von Herrn Kamp erklärt Frau Müller-Veit, dass für den Bereich der Stationsstraße im Bereich des Busbahnhofes ein „Verkehrsberuhigter Geschäftsbereich“ Beschlusslage sei. Der Verkehr habe in solchen Bereichen (mit einer Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h) Vorrang, wobei Fußgängern eine großzügige Querungsmöglichkeit eingeräumt werde.

Auf eine weitere Anfrage von Herrn Kamp zum geplanten Gewerbegebiet Lustheide informiert Frau Müller-Veit, dass weitere Verfahrensschritte erst nach Auswertung der in Auftrag gegebenen Gutachten vorgesehen seien.

Auf Anfrage von Herrn Wagner erklärt Frau Müller-Veit, dass die Gespräche mit dem Grundstückseigentümer hinsichtlich der Ausfahrt der geplanten Parkpalette an der Buchmühle noch nicht abgeschlossen seien.

Auf eine weitere Anfrage von Herrn Wagner hinsichtlich der baulichen Mängel im Bereich der Eisenbahnquerung am Driescher Kreuz erklärt Frau Müller-Veit, dass diese Mängel im Rahmen des Endausbaus des Driescher Kreuzes (auf Kosten der beauftragten Firma) beseitigt werden.

### Herr Buchen:

Welche verkehrlichen Auswirkungen werden in den Stadtteilen Herkenrath und Moitzfeld wegen des Gewerbegebietes Spitze, das durch die Gemeinde Kürten vorangetrieben wird, erwartet? Mich wundert, dass die Gemeinde Kürten das Gewerbegebiet planen kann, ohne auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aus Herkenrath und Moitzfeld Rücksicht nehmen zu müssen. Welche Rolle spielt die Stadt Bergisch Gladbach dabei?

### Herr Ziffus:

Wenn man in Herkenrath den Zubringerverkehr Richtung Köln behindern würde, könnte doch darüber nachgedacht werden, ob man im Bereich der alten Deponiefläche einen P+R Parkplatz einrichten würde, von dem aus ein Schnellbus zur Linie 1 oder zur S-Bahnstation fahren würde. Wäre das umzusetzen?



Die beiden Anfragen werden schriftlich beantwortet.

---

gez. Sprenger + Ziffus  
Vorsitzende PLA + AUKV

---

gez. Assmann  
Schriftführer